

## Landtagswahl 2021

### Analyse des Koalitionsvertrags

#### Förderung der genossenschaftlichen Rechts- und Unternehmensform & Wirtschaftspolitik allgemein

	<b>Genossenschaftliche Position zur Landtagswahl 2021</b>	<b>Koalitionsvertrag</b>	<b>Bewertung</b>
(Aus-)Bildung	Des Weiteren ist die überbetriebliche Ausbildung sowie eine qualitativ hochwertige und praxisnahe Weiterbildung aus Sicht der Unternehmen besonders wichtig, um auf kurzfristigen Fachkräftemangel reagieren zu können. Die Landespolitik sollte daher auch gerade im Bereich der Weiterbildung weiterhin gezielte Anreize setzen.	<p>„Wir wollen die berufliche Aus- und Weiterbildung mit allem Nachdruck auf die Transformationsbedarfe ausrichten und die Fachkräftesicherung noch stärker mit der Innovationspolitik verknüpfen. Die Fachkräfteallianz wollen wir weiterentwickeln, für das Ausbildungsbündnis streben wir eine neue Vereinbarung für die Zeit ab 2023 an, um in bewährter Weise mit allen Partnern weiterhin eng zusammenzuarbeiten. Wir brauchen zudem einen Digitalpakt berufliche Aus- und Weiterbildung, um den dringend benötigten Digitalisierungsturbo zu zünden.“ (S. 44)</p> <p>„Wir wollen eine positive und gelebte Weiterbildungskultur in den Unternehmen fördern, auch im Schulterschluss mit Sozial- und Betriebspartnern, denen hierbei eine wichtige Rolle zukommt. Dafür wollen wir Sozialpartner-Modellprojekte in Betrieben auf den Weg bringen und die Ergebnisse als Weiterbildungsstrategie für viele nutzbar machen.“ (S. 45)</p> <p>„Weiterbildungsinitiative ausbauen: Die Vereinbarung „Gemeinsam. Für. Weiterbildung“, die wir zusammen mit den Partnern im „Bündnis für Lebenslanges Lernen“ für die Jahre 2021 bis 2026 geschlossen haben, werden wir entlang der</p>	Die Weiterentwicklung der Fachkräfteallianz und die weitere Förderung der Aus- und Weiterbildung bieten gute Anknüpfungspunkte für die genossenschaftlichen Positionen. Der BWGV ist Teil des Weiterbildungsbündnisses.

		dort aufgeführten Handlungsfelder umsetzen. Dafür ist die ressortübergreifende Weiterbildungsinitiative „WEITER.mit.BILDUNG@BW“ eine hervorragende Grundlage, die wir nach Möglichkeit noch weiter ausbauen und auch in ressortübergreifender Zusammenarbeit nutzen werden.“ (S. 67)	
Breitbandausbau	Breitband-Genossenschaften, etwa als Erweiterung einer bereits existierenden Energiegenossenschaft, können durch die Beteiligung aller relevanten Akteure (Bürgerinnen und Bürger, Kommunen, Unternehmen etc.) ein wichtiger Ansatz für einen schnellen und pragmatischen Ausbau des Breitbandnetzes in Baden-Württemberg sein. Bislang schließen die geltenden förderrechtlichen Bestimmungen allerdings tragfähige Genossenschaftsmodelle aus.	<p>„Wir verstehen den Breibandausbau als Aufgabe der Daseinsvorsorge und wollen mit einer auskömmlichen Finanzierung in den kommenden fünf Jahren dafür sorgen, dass Glasfaser überall dort verlegt wird, wo sie gebraucht wird. Unser Ziel ist dabei, die benötigten Fördermittel mehrjährig, transparent und zweckgebunden für den Breitbandausbau bereitzustellen. Wir werden daher prüfen, wie eine Finanzierung für einen längerfristigeren Zeitraum als bislang sichergestellt werden kann. Dazu stärken wir die Handlungs- und Leistungsfähigkeit von Kommunen, kommunalen Verbänden und Kooperationen sowie von kommunalen Stadtwerken.</p> <p>Wir setzen weiterhin auf das Betreibermodell. Das Wirtschaftlichkeitslückenmodell setzen wir dort ein, wo es von den Landkreisen und Kommunen bevorzugt wird. Wir werden alle Beteiligten weiterhin bei dem Ziel unterstützen, leistungsstarke Netze auszubauen. Dabei setzen wir am Ende auf eine Gesamtförderung von 90 Prozent der förderfähigen Kosten.“ (S. 141)</p>	Explizite Nennung von Kooperationen, deren Handlungs- und Leistungsfähigkeit beim Ausbau der Breitbandinfrastruktur gestärkt werden soll, bietet Anknüpfungspunkte (für Energiegenossenschaften und neue Genossenschaften) in diesem Thema.

Digitalisierung	<p>Genossenschaften müssen die Digitalisierung nicht nur intern vorantreiben, sondern können hier häufig auch Katalysator für ihre Mitglieder sein, indem sie gerade finanzielle und bürokratische Einstiegshürden senken. Diese Möglichkeiten gilt es zukünftig noch stärker zu unterstützen und in die Beratung von KMU mitaufzunehmen. Mit der Digitalisierungsprämie wurde seitens der Landespolitik bereits ein branchenoffenes Unterstützungsangebot geschaffen, das wir sehr begrüßen.</p>	<p>„Die stark nachgefragte Digitalisierungsprämie Plus wollen wir als branchenübergreifendes Programm für die digitale Transformation unseres Mittelstandes fortsetzen und damit insbesondere Kleinunternehmen und Soloselbständige noch stärker unterstützen. Die branchenübergreifende Initiative Wirtschaft 4.0 wird fortgeführt und weiterentwickelt.“ (S. 37)</p> <p>„Digitalisierung und Künstliche Intelligenz wollen wir noch stärker in der Fläche des Landes voranbringen. Hierfür werden wir das erfolgreiche digitale Ökosystem aus regionalen Digital Hubs, themenbezogenen de:hubs, KI-Labs und dem künftigen Innovationspark KI weiterführen und noch besser vernetzen. Mithilfe einer virtuellen Transfer-Innovation-Community wollen wir die vielfältigen Akteure so zusammenbringen, dass Open Innovation und der Austausch der besten Geschäftsideen bestmöglich gelingen können. Wir möchten die Potenziale der 6G-Technologie perspektivisch für unsere kleinen und mittleren Unternehmen nutzbar machen.“ (S. 37)</p>	<p>Die Digitalisierungsprämie Plus, soll wie in den Genossenschaftlichen Positionen zur Landtagswahl 2021 gefordert, fortgesetzt werden.</p> <p>Die Regionen Karlsruhe, Stuttgart und Neckar-Alb haben gemeinsam die „Innovationspark Künstliche Intelligenz Baden-Württemberg eG“ gegründet und sich auf den Aufbau eines Innovationszentrums für KI aus Landesmitteln beworben. Dieses Beispiel zeigt gut, welche Möglichkeiten Genossenschaften auch für die übergreifende Zusammenarbeit bei den Zukunftsthemen KI, Open Innovation etc. bieten.</p>
Ehrenamt	-	<p>„Baden-Württemberg ist das Land des Ehrenamts. Nicht zu unterschätzen ist, wie wichtig das ehrenamtliche Engagement vor Ort ist. Dieses bürgerschaftliche Engagement werden wir weiter tatkräftig und auf allen Ebenen fördern und unterstützen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt weiter stärken.“ (S. 91)</p>	<p>Stärkere Förderung des Ehrenamts ist positiv zu bewerten.</p>

Förderprogramme allgemein	-	<p>„Wir machen eine positive permanente Aufgabenkritik: Neue Ausgaben haben eine klare Ergebnis-Orientierung: Förderungen sollen sich wann immer möglich an konkreten Zielen orientieren und messbar sein: Wir überführen nach Prüfung Förderprogramme in Regelprogramme und prüfen, ob verschiedene Förderprogramme zusammengelegt werden können. Alle Förderprogramme werden nach und nach auf ihre Zukunftsfähigkeit untersucht. Es wird geprüft, ob sie sinnvoll und effizient sind und ob sie zur Erreichung der Klimaschutzziele beitragen. Hierzu analysieren wir auch die weiter anwachsenden Haushaltsreste und straffen Zuschussprogramme, um Einsparungen zu erzielen.“ (S. 15)</p>	<p>Förderprogramme müssen sowohl in der Erstellung als auch in der Umsetzung für Genossenschaften zugänglich sein.</p> <p>Ein aktives Förderprogramm-management ist zu begrüßen</p>
Gemeinwohlökonomie	-	<p>„Unternehmen tragen Verantwortung in der Frage, wie sie wirtschaften. Wir möchten sie unterstützen, sich dabei stärker am Gemeinwohl zu orientieren. Hierfür wollen wir das Instrument Gemeinwohlbilanz stärken. Eine Anlaufstelle für neue Formen des Wirtschaftens soll ein eigenes Förder- und Beratungsprogramm für gemeinwohlabilanzierte Unternehmen und Formen der solidarischen Landwirtschaft entwickeln, um deren Aufbau und Entwicklung zu erleichtern. Für Sozialunternehmen werden wir bessere Finanzierungsinstrumente schaffen. Wir wollen prüfen, inwiefern Unternehmen oder Initiativen, die neue Formen des Wirtschaftens bereits umsetzen, bei Fördermitteln besser berücksichtigt werden können. Mit einem jährlichen Bericht zum Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI) für Baden-Württemberg wollen wir den Fokus vom Bruttoinlandsprodukt auf ein gesamtheitlicheres Wohlfahrtsmaß lenken.“ (S. 43/44)</p>	<p>Genossenschaften verbinden soziale Verantwortung mit wirtschaftlicher Stärke und tragen damit zum gesellschaftlichen Zusammenhalt und zum Wohle der Gemeinschaft bei. Dies gilt es bei der Erstellung einer Gemeinwohlbilanz zu berücksichtigen. Förderungen gilt es wo möglich zu nutzen</p>

Genossenschaftswesen	Um die Rechts- und Unternehmensform der eingetragenen Genossenschaft in unserem Land weiter zu stärken, ist eine umfassende Förderung des Genossenschaftswesens erstrebenswert.	-	Keine Aufnahme einer generellen Förderung des Genossenschaftswesens. Allerdings gibt es vielfältige konkrete Anknüpfungspunkte für die genossenschaftliche Rechts- und Unternehmensform im gesamten Koalitionsvertrag. Diese gilt es zu nutzen und mit Beispielen voranzubringen.
Gründung allgemein	-	<p>„Mit thematischen Wettbewerben wollen wir Gründerinnen und Gründer motivieren, ihre Ideen zu nachhaltigen Geschäftsmodellen weiterzuentwickeln – insbesondere bei Zukunftsthemen wie Green Tech und Social Entrepreneurship.“ (S. 39)</p> <p>„Mit einen Venture Capital Roundtable werden wir den Dialog und die Vernetzung zwischen Wagniskapitalinvestoren, Start-ups und Verwaltung stärken. Mit einer Bundesratsinitiative werden wir uns für eine Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen, für eine Forschungsförderung für Start-ups und eine deutliche Ausweitung und Erleichterung der Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterbeteiligung einsetzen.“ (S. 39)</p> <p>„Wir unterstützen Gründungen in allen Unternehmensphasen. Die pandemiebedingte Krise und das in ihr liegende Gründungspotenzial nutzen wir durch gezielte Informations-, Qualifizierungs- und Beratungsmaßnahmen, Mikrokredite und Zuschussprogramme (zum Beispiel auch für Kommunen).“ (S. 39)</p>	<p>Thematische Wettbewerbe können auch für Genossenschaftsgründungen interessant sein. Die Teilnahme von entsprechenden Gründungen sind zu fördern.</p> <p>Die angestrebte Erleichterung der Mitarbeiterbeteiligung könnte Vorteile für die Gründung von Genossenschaften bieten, auch insb. im Rahmen von Unternehmensnachfolgen durch Mitarbeiter.</p>

		<p>„Wir werden das Netzwerk „Allianz für Beteiligung“ stärken und eine auskömmliche Grundfinanzierung sicherstellen. Es soll die Zivilgesellschaft noch stärker unterstützen. Die erfolgreiche Förderung von Kleinstprojekten der Zivilgesellschaft führen wir fort und legen einen besonderen Schwerpunkt auf die Förderung der Zivilgesellschaft im ländlichen Raum.“ (S. 91)</p>	<p>Stärkung der Allianz für Beteiligung hilft bei eG-Gründung und insb. bei Quartiersprojekten/ WohnenPLUS und allem rund um Wirtschaft vor Ort</p>
Innovationspolitik allgemein	-	<p>„Um die Innovationsfähigkeit unserer baden-württembergischen Unternehmen weiter zu stärken und ihre Wettbewerbsfähigkeit zu sichern, wollen wir die Strukturen und Instrumente unserer Innovationsförderung weiter verbessern. Das erfolgreiche einzelbetriebliche Programm „Invest BW“ werden wir zu einem Innovationsförderprogramm weiterentwickeln, um Mittelstand und Start-ups bei der Entwicklung neuer Produkte, Dienstleistungen und Geschäftsmodelle zu unterstützen und Vorhaben von übergeordneter volkswirtschaftlicher Bedeutung zu fördern. Wir werden eine Innovationsförderung starten, mit der wir innovative Lösungen für große gesellschaftliche Herausforderungen suchen. Den Technologie- und Wissenstransfer insbesondere in die kleinen und mittleren Unternehmen wollen wir branchenübergreifend weiter ausbauen und beschleunigen und dabei wo möglich die Innovationspartnerschaft von Start-ups und Mittelstand befördern.“ (S. 41)</p> <p>„Regionale Innovationspolitik: Innovationen müssen auch von den Regionen her gedacht und vorangetrieben werden. Wir werden die regionale Innovationspolitik fördern und damit auch zur</p>	<p>Die Weiterentwicklung der regionalen Innovationsfähigkeit ist positiv zu bewerten. Genossenschaften könnten daran noch stärker als bisher mitwirken, der BWGV berät und begleitet das entsprechend.</p>

		<p>Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und zur Zukunftsfähigkeit des Ländlichen Raums beitragen. Auch in der Förderperiode 2021 bis 2027 werden wir die Fördermöglichkeiten der EU-Strukturfonds wie EFRE nutzen, um branchenübergreifend Innovationsprojekte und die Transformation hin zur klima- und ressourcenschonenden Wirtschaft zu forcieren. Die notwendige Kofinanzierung des Landes werden wir sicherstellen.“ (S. 41)</p> <p>„InnoLab_bw als Impulsgeber stärken: Als Impulsgeber sowie Beratungs- und Vernetzungsstelle für die Innovationspolitik des Landes und der Verwaltung werden wir das InnoLab_bw stärken. Es dient als Plattform bei ressort- und ebenenübergreifenden Innovationsthemen. Mit einem Schwerpunkt auf Verwaltungsinnovation initiiert es mit allen Ressorts und Landesstellen Prototypen zur späteren Umsetzung und einem landesweiten Rollout. Dabei liegt ein besonderer Schwerpunkt auf datengetriebenen Prozessen und der Hinführung zu KI-basierten Assistenzsystemen, um große Produktivitätsgewinne innerhalb der Verwaltung zu generieren und Daten und Prozesswissen für Innovationen in Wirtschaft und Forschung zu tragen. Es verarbeitet Trends und gibt Anstöße zu den Start-up-Aktivitäten der Landesregierung. Für eine umfassende Innovationsorientierung aller Geschäftsbereiche schaffen alle Landesministerien Innovationslabore, die sich untereinander vernetzen und unter Hinzuziehung von fachlicher Expertise projektbezogen und agil politische</p>	
--	--	---	--

		Initiativen und Umsetzungsprojekte bearbeiten.“ (S. 41/42)	
Mittelstandspolitik allgemein	-	<p>„Kleine und mittelständische Unternehmen sind eine tragende Säule unseres Landes. Sie sind regional verwurzelt und weltoffen. Viele sind inhabergeführte Familienunternehmen und Weltmarktführer. Sie bieten Zukunftsperspektiven, sichern Wohlstand und schaffen Zusammenhalt, gerade auch im ländlichen Raum. Für den anstehenden Transformationsprozess wollen wir ihre Wettbewerbsfähigkeit stärken und ihre Innovationskraft, Kreativität und Agilität stärken.</p> <p>Wir werden das Gesetz zur Mittelstandsförderung novellieren und an die aktuellen Herausforderungen anpassen. Ziel ist es, kleine und mittelständische Unternehmen, Selbstständige und Angehörige der Freien Berufe, die große Bedeutung für eine ausgewogene Wirtschaftsstruktur und die Funktionsfähigkeit der sozialen und ökologischen Marktwirtschaft haben, zu fördern und wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen zu schaffen. Ziel ist ebenfalls, die Gründung und Entwicklung von kleineren und mittleren Unternehmen zu fördern sowie die Stellung bestehender Unternehmen zu sichern und auszubauen.</p> <p>Wir werden zusätzliche steuerliche Belastungen für den Mittelstand vermeiden und uns für eine Initiative auf Bundesebene zur Reform und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung</p>	Der Koalitionsvertrag zeigt ein klares Bekenntnis zum Mittelstand in Baden-Württemberg. Die Novellierung des Gesetzes zur Mittelstandsförderung und der angestrebte „Masterplan Mittelstand BW“ bieten vielfältige Anknüpfungspunkte. Es bedarf einer schnellstmöglichen Konkretisierung. Hier gilt es die besonderen Anforderungen und Leistungen der Genossenschaften einzubringen.

		<p>einsetzen, um die steuerlichen Rahmenbedingungen zu verbessern.“ (S. 42)</p> <p>„Masterplan Mittelstand BW: Wir werden Gesetzgebung, Verwaltungsabläufe und Förderprogramme auf ihre Auswirkungen auf den Mittelstand hin überprüfen. Mit wissenschaftlicher Expertise entwickeln wir einen Masterplan Mittelstand BW mit der Dachmarke „Zukunft Mittelstand BW“ und der Kommunikationsstrategie „Land der Familienunternehmen und Weltmarktführer“.“ (S. 42/43)</p>	
Nachhaltigkeit	<p>Der Nachhaltigkeitsbeirat der Landesregierung sollte fortgesetzt und um einen Vertreter aus dem genossenschaftlichen Umfeld erweitert werden.</p>	<p>„Die Nachhaltigkeitsstrategie wollen wir fortführen und weiterentwickeln. Wir werden den Nachhaltigkeitsbeirat stärker an den Indikatoren und strategischen Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie ausrichten. Damit geht die Notwendigkeit einer Aufwertung der Struktur einher, die auch nach außen sichtbar sein muss. Der Beirat soll dabei soweit erforderlich von themenorientierten Expertinnen- und Expertenteams unterstützt werden. Wir prüfen, wie das Thema Nachhaltigkeit stärker im Landtag – auch fraktionsübergreifend – verankert werden kann, beispielsweise über einen Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung.</p> <p>Nachhaltigkeit ist übergeordnetes Handlungsprinzip für die gesamte Landesregierung. Wir verstärken die institutionelle Verankerung des Nachhaltigkeitsprinzips. Eine zweijährige Nachhaltigkeitskonferenz bindet die</p>	<p>Bereits vor der Wahl gab es die Zusicherung des Ministerpräsidenten zur Aufnahme eines Vertreters des Genossenschaftswesens in den Nachhaltigkeitsbeirat. Das Thema Nachhaltigkeit steckt in der DNA der genossenschaftlichen Rechts- und Unternehmensform. Die Genossenschaften sind damit eine wichtige Stütze auf dem Weg zu einem nachhaltigeren Baden-Württemberg und können dies aktiv mitgestalten. Das muss auch in der Landespolitik immer wieder deutlich gemacht werden.</p>

		<p>Öffentlichkeit ein. Damit ermöglichen wir ein gemeinsames Vorgehen und stellen die Umsetzung gemeinsam beschlossener Maßnahmen sicher.</p> <p>Wie beim Nachhaltigkeits- und Umweltmanagement werden wir auch bei der nachhaltigen Beschaffung die Ausrichtung auf Klimaschutz und biologische Vielfalt konsequent umsetzen und durch eine Beratungsstelle ergänzen.“ (S. 32)</p>	
Schülergenossenschaften	<p>Schülergenossenschaften sind das beste Mittel, um aus der Praxis heraus die eG sowie darüber hinaus Unternehmertum per se kennen zu lernen. Daher sollte die Landespolitik das Prinzip der Schülergenossenschaft auch in der kommenden Legislaturperiode weiter unterstützen und auch für Lehrer entsprechende Deputate, wie dies auch in anderen Bundesländern teils schon praktiziert wird, einräumen.</p> <p>In der Bildung muss eine Stärkung der Finanzbildung, auch im Rahmen des Schulfachs „Wirtschaft“, erfolgen.</p>	-	<p>Leider beinhaltet der Koalitionsvertrag im Bereich Bildung keine Aussage zur Relevanz von wirtschaftlicher Bildung, praxisbezogenem Austesten von Unternehmertum etc. Dies werden wir unabhängig des Koalitionsvertrags im Austausch mit den zuständigen Ministerien weiter einfordern.</p>

Wissenschaft	-	<p>„Wir werden – gemeinsam mit der Wirtschaft – eine hochschulische Plattform für Gründungen mit europäischer Strahlkraft schaffen. Um den mittel- und langfristigen, sozioökonomischen Folgen der Corona-Pandemie sowie den zukünftigen ökologischen Herausforderungen zu begegnen, müssen Forschungsergebnisse als soziale und technische Innovationen schneller und flächendeckender in die Anwendung gebracht werden.“ (S. 53)</p> <p>„Wir ermöglichen mehr Innovationen im ganzen Land, unter anderem durch Regionale Hochschulinnovations-partnerschaften: personengebundene und hochschulartenübergreifende Netzwerke zwischen Universitäten, Hochschulen für angewandte Wissenschaften, DHBW-Standorten und Pädagogischen Hochschulen auf der einen und Unternehmen sowie regionalen Akteuren wie Raumschaften auf der anderen Seite.“ (S. 53)</p>	<p>Wissenschaft, Forschung und Innovation sowie die Verbindung zur Wirtschaft rückt in den Fokus.</p> <p>Der BWGV verfolgt seit 2015 eine aktive Wissenschaftsstrategie und hat die Stiftung „Wissenschaf(f)t Partner“ aufgebaut, um die genossenschaftliche Idee und Praxis künftig noch stärker als bislang in der Wissenschaft und an den Universitäten des Landes interdisziplinär präsent zu machen. Der Koalitionsvertrag bietet hierzu gute Anknüpfungspunkte, u.a. bzgl:</p> <p>(1) Die Förderung des Gründungsgeschehens an Universitäten und Hochschulen.</p> <p>(2) Ziel nach einem stärkeren Austausch zwischen Wissenschaft und Praxis.</p>

**Mittelstandsfinanzierung inkl. Bankregulatorik**

	<b>Genossenschaftliche Position zur Landtagswahl 2021</b>	<b>Koalitionsvertrag</b>	<b>Bewertung</b>
Kryptowährung	-	Die Koalitionspartner setzen sich in der Finanzmarktregulierung dafür ein, dass die Chancen von Kryptowerten genutzt und die Risiken minimiert werden. Der hohe Energieverbrauch bei der Schaffung von Kryptowährungen darf nicht außer Acht gelassen werden. (S. 17)	Gute Ansatzpunkte für die notwendige Regulierung von Kryptowerten.
Mittelstandsfinanzierung und Regulatorik	Im Sinne der mittelständischen Unternehmen und der Wirksamkeit der Konjunkturprogramme müssen im Rahmen der Regulatorik Spielräume für die zusätzliche Kreditvergabe geschaffen werden. Die in der Corona-Krise etablierte enge Abstimmung sowie schnelle Entscheidungsfindung und Umsetzung gilt es seitens der Landesregierung mit den relevanten Partnern beizubehalten. Um die einlagenfinanzierte Kreditvergabe an den Mittelstand zukünftig nicht zu schwächen, benötigen die kleineren Kreditinstitute mit einem risikoarmen Einlagen- und Kreditgeschäft Entlastungen von unverhältnismäßig hohen Anforderungen –	„Wir bekennen uns zum dreigliedrigen Bankensystem und setzen uns auf europäischer nationaler Ebene für diese kundennahen und mittelstandsfinanzierenden Banken. Ein besonderes Augenmerk gilt dem Erhalt der kundennahen kleinen und mittleren Banken. Kleine und mittlere Banken sind verlässliche Partner für kleine und mittlere Unternehmen sowie für Privatkundinnen und -kunden. Wir setzen uns dafür ein, dass kleine und mittlere Banken bei Regulierungsvorgaben proportional zu ihrer Größe entlastet werden.“ (S. 18)  „Das Europa-Leitbild fasst unsere grundsätzliche Zukunftsvision von der Europäischen Union zusammen und ist weiterhin eine gute Basis für unsere Europapolitik.“ (S. 146)	Klares Bekenntnis für die kleinen und mittleren Banken. Sehr positiv zu bewerten.  Über das Bekenntnis zum Europa-Leitbild begründet sich auch die Ablehnung einer Europäischen Einlagensicherung.

	insbesondere bei Melde- und Dokumentationspflichten. Zusätzlich wird eine europäische Einlagensicherung abgelehnt.		
Nachhaltige Finanzierung	-	<p>„In der Finanzmarktregulierung setzen wir uns dafür ein, dass Kundinnen und Kunden bei nachhaltigen Finanzanlagen zuverlässig erkennen können, ob und in welchem Umfang ihr Geld für Umweltziele eingesetzt wird. Insbesondere muss anhand eines einfachen und zuverlässigen Systems erkennbar sein, in welchem Maß die mit dem Geld getätigten Investitionen dem Klimawandel entgegenwirken. (S.18)</p> <p>„Zudem setzen wir uns für ein von der EU-Kommission angekündigtes europaweit einheitliches System der Klassifizierung nachhaltiger Finanzanlagen ein, um Greenwashing zu verhindern.“ (S. 18)</p> <p>„Finanzplatz Stuttgart: Wir unterstützen Stuttgart Financial dabei, den Finanzplatz Stuttgart mit einer langfristigen Finanzplatzstrategie zum führenden Finanzplatz Deutschlands im Bereich „Sustainability &amp; Sustainable Finance“ zu positionieren.“ (S. 17)</p>	<p>Bedeutung von „Sustainable Finance“ steigt – auch hinsichtlich der Positionierung der Landesregierung im Bundesrat.</p> <p>An der Erarbeitung einer langfristigen Finanzplatzstrategie wird sich der BWGV aktiv beteiligen und die genossenschaftlichen Positionen einbringen.</p>

**Landwirtschaft**

	<b>Genossenschaftliche Position zur Landtagswahl 2021</b>	<b>Koalitionsvertrag</b>	<b>Bewertung</b>
Agri-Photovoltaik		„Das Potenzial von Agri-Photovoltaik, gerade bei den Sonderkulturen wie Obst- und Weinbau, muss für eine erfolgreiche Energiewende ausgeschöpft werden. Wir werden deswegen weitere Pilotanlagen über verschiedene Kulturen unterstützen. Wir begrüßen zudem, dass auf Bundesebene eine separate Ausschreibung des Segments Agri-Photovoltaik im Rahmen des EEG geplant wird.“ (S. 112)	Die Förderung der Agri-Photovoltaik bietet sowohl für die Genossenschaften im Bereich Landwirtschaft als auch im Bereich Energie gute Anknüpfungsmöglichkeiten. Möglicherweise sind hier auch lokale Kooperationen denkbar.
Artenvielfalt allgemein	-	„Artensterben stoppen, biologische Vielfalt sichern. [...] Hierzu bedarf es zielgerichteter und in der Förderhöhe attraktiver Förderung von biodiversitätssteigernden Maßnahmen in der Landwirtschaft, insbesondere auch für Schäferei, Streuobst und Terrassen-Weinbau.“	Möglichkeiten zur Förderung von Genossenschaften und Mitgliedern, insb. im Bereich Sonderkulturen, sind sicherzustellen.
Digitalisierung	Oft rechnen sich die Investitionen in die Digitalisierung jedoch erst ab einer bestimmten Betriebsgröße. Genossenschaften und weitere Erzeugerorganisationen sollten daher bei Förderprogrammen für die Verbreitung des digitalen Fortschritts in die relativ klein strukturierten Landwirtschaftsbetriebe in Baden-Württemberg miteinbezogen werden.	„Digitalisierung stärkt die Landwirtschaft: Digitale Lösungen (von Smart und Precision Farming bis zu Digital Farming) können die Landwirtschaft stärken und den Ressourcenschutz verbessern. Auch damit erreichen wir unsere klimapolitischen Ziele, stärken die Biodiversität, reduzieren Pflanzenschutzmittel und Düngung und bauen bürokratische Hürden ab. Um dafür exakte Daten bereitzustellen, wollen wir die Technologieplattform zur hochgenauen Positionierung (SAPOS) dauerhaft in der Fläche bereitstellen. Wir wollen Digitalisierung für unsere Betriebe im Land zugänglich machen.“ (S. 110)	Die Digitalisierung wird ausschließlich im einzelbetrieblichen Zusammenhang beschrieben. Hier bedarf es weiterer Arbeit, um auch die Genossenschaften in den Fokus des Themas zu bringen. Gerade bei kleinen Betriebsgrößen können Genossenschaften helfen, die Zugangshürden zur Digitalisierung zu senken.

Fachkräfte	Zunehmender Strukturwandel und steigende Arbeitsbelastung führen zu einem Mangel an Fachkräften. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, bedarf es auch seitens des Landes unterstützender Maßnahmen, die zur Sicherstellung der Arbeitskraft in der Landwirtschaft nachhaltig beitragen.	<p>„Zeitgemäße Lehre, Aus- und Fortbildung: Wir werden die landwirtschaftlichen Fachschulen durch strukturelle Maßnahmen personell stärken und dabei Kompetenzen in Bildungszentren bündeln. Dazu muss auch Personal umgesetzt werden. Um den hohen Anforderungen der Gesellschaft gerecht zu werden, wollen wir eine Fortbildungspflicht für alle in der Aus- und Fortbildung Tätigen einführen. Die landwirtschaftlichen Fachschulen werden wir an zentralen Standorten im Land konzentrieren. Zudem sollen weitere duale Studienangebote für die Landwirtschaft (in Ravensburg) und für den Gartenbau etabliert werden.“ (S. 111)</p> <p>„Die ländliche Erwachsenenbildung, soll künftig auch durch sozio-ökonomische Beratung dazu beitragen, die landwirtschaftlichen Familien zu stärken.“ (S. 110)</p>	Eine zeitgemäße Aus- und Weiterbildung ist in der Landwirtschaft besonders wichtig, um die Sicherstellung der Arbeitskraft in der Landwirtschaft nachhaltig zu gewährleisten.
Forschung & Entwicklung  Beratung	Die praxisnahe Forschung und Entwicklung neuer Sorten, umweltverträglicher Pflanzenschutzmittel, Prüfverfahren, aber auch die Entwicklung von entsprechenden Vermarktungsstrukturen werden einen wichtigen Teil zur Erreichung der Arten-, Klima- und Umweltschutzziele beitragen. Daher sollte das Land zukünftig noch stärker als bisher in diesen Bereich investieren.	„Wir werden die Grundsätze des integrierten Pflanzenschutzes fortentwickeln (wobei zum Beispiel mechanische Stoppelbearbeitung Vorrang hat vor chemischem Pflanzenschutzmitteleinsatz) und hin zu einem Integrierten Pflanzenschutz plus („IP+“) weiterentwickeln, der im Rahmen der Öko-Regelungen gefördert werden soll. Wir überprüfen die Förderung aus dem Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT) für den Herbizidverzicht im Ackerbau.“ (S. 110)	Vielfältige Möglichkeiten zur Teilhabe an Förderprogrammen im Forschungskontext – gerade auch im Zusammenhang mit Pflanzenschutz.

		<p>„Die Betriebe werden bei der Umsetzung der Pflanzenschutzmittelreduktion mit Fördermaßnahmen über das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) gezielt in der Anschaffung alternativer Technik unterstützt. Darüber hinaus fördert das AFP künftig nur noch Pflanzenschutztechnologien, die einen erheblichen Beitrag zur Reduktion in der Menge der Pflanzenschutzmittel leisten, indem wir vorrangig die Technik zur Unkrautbekämpfung (wie Hackroboter, Abflammgeräte, Hacktechnik) fördern.“ (S. 110)</p> <p>„Das Beratungsprogramm „Beratung. Zukunft. Land.“ werden wir so weiterentwickeln, dass die landespolitischen Zielsetzungen in den Bereichen Pflanzenschutzmittelreduktion, Förderung der Biodiversität, Klimaschutz und Ausbau des Ökolandbaus im Jahr 2022 Grundlage für die Ausrichtung des Beratungsangebotes werden. Hierbei werden wir die Abläufe deutlich verschlanken. Dabei wird die Modulförderung des bisherigen Angebots zu Biodiversität beibehalten und bei allen Ökolandbaumodulen auf 100 Prozent aufgestockt. Weitere Themen wie nachhaltige Betriebsentwicklung, Hofübergabe, Diversifizierung, Vermarktung und effizienter Einsatz von Ressourcen werden ebenfalls berücksichtigt.“ (S. 110)</p>	<p>Zudem gibt auch die Weiterentwicklung der Beratungsprogramme Möglichkeiten zur Mitgestaltung. Interessant sind hier insbesondere die Beratungsangebote auch in Richtung nachhaltige Betriebsentwicklung, Vermarktung und Hofübergabe. Genossenschaftliche Interessen müssen hier integriert werden.</p>
--	--	--	--

Forstwirtschaft	Die Leistungsfähigkeit der Forstbetriebsgemeinschaften und forstwirtschaftlichen Zusammenschlüsse muss gestärkt werden. Dazu zählt der Aufbau von effizienten Kooperationsstrukturen und die Bildung und Förderung von Waldgenossenschaften. Die vielfältigen Funktionen unserer heimischen Wälder können angesichts des Klimawandels zukünftig nur durch eine angepasste und aktive Waldbewirtschaftung und -pflege dauerhaft gesichert werden. Waldbesitzer müssen besser dabei unterstützt werden und erbrachte Aufwendungen für Ökosystemleistungen müssen honoriert werden.	„Wir wollen eine Privatwaldkonzeption entwickeln, die Wege aufzeigt, wie der bäuerliche Waldbesitz über Forstbetriebsgemeinschaften und größere Zusammenschlüsse seine Marktstellung verbessern kann. Diese Konzeption muss je nach Region auch Lösungen für den Kleinprivatwald entwickeln, um durch genossenschaftliche Ansätze auch kleine Parzellen ökonomisch bewirtschaften zu können.“ (S. 116)	Explizite Aufnahme von genossenschaftlichen Ansätzen gilt es gemeinsam auszugestalten.
Gesellschaftsvertrag	Um eine den Bedürfnissen der Bevölkerung entsprechende und nachhaltig wettbewerbsfähige Landwirtschaft in Baden-Württemberg auch zukünftig sicherstellen zu können, benötigt unser Land einen zukunftsfähigen Gesellschaftsvertrag zwischen der Gesellschaft und ihren Landwirten als substanziellen Teil dieser Gesellschaft. Das Beispiel Österreich zeigt, wie ein solcher Fairnesspakt zwischen Lebensmittelhandel und der Landwirtschaft auch für Baden-Württemberg gestaltet werden könnte.	„Den begonnenen Dialog zwischen Landwirtschaft, Naturschutz, Lebensmittelwirtschaft und Verbraucherinnen und Verbrauchern werden wir weiter vertiefen, um die Interessen von landwirtschaftlichen Betrieben, Verarbeitungsbetrieben, Handel und Verbraucherinnen und Verbrauchern auszugleichen. Hierfür wird ein Strategiedialog zur Zukunft der Landwirtschaft aufgesetzt. Das Ziel ist eine breite Verständigung für eine flächendeckende, gesellschaftlich getragene, bäuerliche Landwirtschaft mit ihren Familienbetrieben.“ (S. 109)	Mitgestaltungsmöglichkeiten sind positiv zu bewerten. Wichtig ist, dass ein Gesellschaftsvertrag alle Beteiligten entlang der landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette, den Einzelhandel wie auch die Verbraucher, aber eben auch Genossenschaften einbezieht. Im Rahmen des Strategiedialogs wird der BWGV die Interessen der landwirtschaftlichen Genossenschaften aktiv einbringen und einen Gesellschaftsvertrag mitgestalten.

<p>Landwirtschaft allgemein und Vermarktung</p>	<p>Genossenschaften bündeln die Kräfte ihrer Mitglieder und tragen so maßgeblich zum Erhalt der kleinteiligen Agrarstruktur unseres Landes bei. Diese Strukturen gilt es in dieser Legislaturperiode zu stärken und weiter auszubauen. Die Genossenschaften nehmen eine wichtige Multiplikatorenfunktion für die Entwicklung einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Landwirtschaft ein und sollten daher gerade bei Programmen zum Erhalt der kleinteiligen Strukturen und zur Erfüllung der landwirtschaftlichen Aufgaben als Beitrag zum Klimaschutz (beispielsweise beim Maßnahmen – und Entwicklungsplan Ländlicher Raum Baden-Württemberg als Teil der GAP) explizit einbezogen und als förderfähig anerkannt werden.</p> <p>Die gesamte landwirtschaftliche Wertschöpfungskette benötigt einen verstärkten Fokus auf absatzfördernde Maßnahmen und Vermarktungsstrategien – auch über die Landesgrenzen hinaus. Nur so können die wichtigen, bereits festgelegten Ziele für mehr Naturschutz in der Landwirtschaft bei gleichzeitiger gerechter Entlohnung der Landwirte erreicht werden. Um die Vermarktung regionaler Erzeugnisse zu stärken, schlagen wir</p>	<p>„Deswegen ist es uns wichtig, die bäuerlichen Familienbetriebe mit ihrer Lebensmittelproduktion im Land zu erhalten. Auch im Hinblick auf eine rasant wachsende Weltbevölkerung und klimabedingte Ernteauffälle sehen wir mit Sorge, dass der Importanteil von Lebensmitteln in Baden-Württemberg zunimmt. Wir sind in der Verantwortung, die Versorgung im Land auch weiter in hohem Maß aus heimischer Produktion sicherzustellen.“ (S. 108)</p> <p>„Die Landesregierung wird auch künftig die vollständige Abnahme von Fördermitteln des Bundes und der Europäischen Union sicherstellen. Die Bundesgesetze zur Umsetzung der GAP dürfen nicht hinter den Beschluss der Agrarministerkonferenz vom 26. März 2021 zurückfallen. Zugleich wird sich die Landesregierung auf Bundes- und Europaebene für eine umfassende Nutzung der Öko-Regelungen und eine weitere Ökologisierung des nationalen Strategieplans und der GAP insgesamt sowie für eine schnellere und höhere Umschichtung von der ersten in die zweite Säule einsetzen. Außerdem werden wir den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des Ländlichen Raums (ELER-Programme) im Zuge der neuen EU-Förderperiode ab 2023 überprüfen und weiterentwickeln. Da der GAP-Rahmen und die daraus abgeleiteten Programme die baden-württembergische Agrarpolitik in den nächsten sieben Jahren bestimmen, stimmen sich die Koalitionspartner vor der Fertigstellung dieser Programme ab. Die Verwaltung der GAP wollen wir vereinfachen.“ (S. 109)</p>	<p>Der Koalitionsvertrag bietet wichtige Anknüpfungspunkte, um die kleinteilige Struktur in der Landwirtschaft zu erhalten. Hier muss über den Strategiedialog und den angestrebten Gesellschaftsvertrag dafür gesorgt werden, dass richtige Programme und Strategien erarbeitet werden, um den Landwirten und der gesamten landwirtschaftlichen Wertschöpfungskette ein gutes Auskommen zu sichern. Dies gilt auch für die Umsetzung der GAP.</p>
---	--	--	--

	<p>daher ein „Bündnis Vermarktung Landwirtschaft“ vor, das die Ziele der baden-württembergischen Landesregierung aufgreift und gemeinsam mit Erzeugerinnen und Erzeugern sowie weiterverarbeitenden Betrieben Strategien erarbeitet und durchführt, die dazu beitragen, regionale und/oder ökologische Produkte besser auf dem Markt platzieren zu können</p>	<p>„Wir werden das Biodiversitätsstärkungsgesetz konsequent umsetzen. Alle Maßnahmen zur Umsetzung müssen entsprechend priorisiert und, wo notwendig, im Haushalt hinterlegt werden. Der Kulturlandschaftsrat soll im Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz (LLG) verankert werden.“ (S. 110)</p> <p>„Grundlage der Agrarpreismisere ist die schwache Marktstellung der Landwirtschaft. Ihr stehen wirtschaftlich konzentrierte Verarbeitungsbetriebe – Fleischkonzerne, Molkereien, Mühlen usw. – sowie ein Oligopol des Lebensmittelhandels gegenüber. Wir unterstützen mit Nachdruck alle Initiativen auf Bundes- und europäischer Ebene, die dazu dienen, die Marktstellung der Urproduktion zu verbessern. Auf Landesebene gibt es nur die Möglichkeit, durch Marktdifferenzierung höhere Preise zu erzielen.“ (S. 112)</p> <p>„Wir werden ein zukunftsgerichtetes Konzept zur Marktentwicklung erstellen, das Qualitätszeichen BW (QZBW) entsprechend weiterentwickeln und weiter durch Regionalkampagnen wie zum Beispiel „Natürlich. Von Daheim“ aufwerten. Das QZBW wird perspektivisch für Erzeugnisse vergeben, die unter hohen Tierwohlstandards (mindestens Stufe 3 der Kennzeichnung „Haltungsform“ der Initiative Tierwohl und des Lebensmitteleinzelhandels) und einer garantiert gentechnikfreien Fütterung aus europaweitem Futterbezug erzeugt wurden. Zusätzlich führen wir ein Qualitätszeichen „Streuobst aus Baden-Württemberg“ ein.“ (S. 112)</p>	<p>Die Schaffung des Kulturlandschaftsrats ist zu begrüßen. Der BWGV wird dort die Interessen der Genossenschaften aktiv einbringen.</p> <p>Die Unterstützung des Landes für Initiativen auf Bundes- und EU-Ebene sind wichtig. Enttäuschend ist, dass auf Landesebene ausschließlich die Möglichkeit durch Marktdifferenzierung gesehen wird. Weitere Ansätze, wie bspw. umfassende Vermarktungsstrategien bringt der BWGV weiterhin mit Nachdruck ein („Agrarwirtschaft 2030“, „Bündnis Vermarktung“).</p> <p>Die Qualitätszeichen und die Regionalkampagnen sind ein wichtiger Teil der Marktentwicklung. Daher ist auch die Einführung eines Qualitätszeichens „Streuobst aus Baden-Württemberg“ zu befürworten. Allerdings müssen die Qualitätszeichen durch weitere Maßnahmen, wie etwa umfassende Vermarktungsstrategien und Beratungsangebote flankiert werden.</p>
--	---	---	---

Ökologischer Landbau	-	Wir stellen die notwendigen finanziellen Mittel in unserem Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT) zur Verfügung und setzen die Finanzierung des Aktionsplans „Bio aus Baden-Württemberg“ fort. Darüber hinaus integrieren wir die Erkenntnisse aus der Marktpotential-Studie Ökolandbau in den Bio-Aktionsplan und entwickeln das Konzept für unsere Bio-Musterregionen weiter. Wir wollen diese zu Bio-Landschaften zusammenfassen und den Aufbau von regionalen Wertschöpfungsketten in den Mittelpunkt stellen. Auch die Fördermittel des Marktstrukturgesetzes müssen künftig dem Ziel von 30 bis 40 Prozent Ökolandbau dienen. (S. 110/111)	Es ist darauf zu achten, dass bei den Fördermitteln des Marktstrukturgesetzes auch Genossenschaften förderfähig sind und dass diese – wo passend – Teil der aufzubauenden, regionalen Wertschöpfungsketten werden.
Sonderkulturen Weinbau	-	„Baden-Württemberg – Land der Sonderkulturen: Baden-Württemberg ist ein Land der Sonderkulturen. Diese sind von Klimaveränderungen besonders betroffen. Deshalb haben unsere Initiativen zur Risikoausgleichsversicherung bundesweite Bedeutung. Außerdem setzen wir uns beim Bund für den Erhalt der steuerlichen Glättung ein. Wir führen das bewährte Modellprojekt hierzu fort und werden es bei einer Beteiligung des Bundes zu einer vollständigen Mehrgefahrenversicherung erweitern. Ebenso wichtig wird für die Sonderkulturen in den trockenen Sommermonaten die Möglichkeit zur Bewässerung sein. Im Rahmen des Masterplans Wasserversorgung werden Konzepte zu	Der Fokus des Koalitionsvertrags auf das Thema Sonderkulturen ist positiv zu bewerten. Dies gilt auch für die Initiative zum Erhalt der steuerlichen Glättung für Risikoausgleichsversicherungen und insbesondere für den Einsatz im Sinne einer bundesweiten vollständigen Mehrgefahrenversicherung.

		<p>Hochwasserschutz, Wassernutzung für die Landwirtschaft sowie Trinkwassernutzung entwickelt.“ (S. 113)</p> <p>„Im Weinbau werden wir biologische Schädlingsbekämpfungsmethoden wie zum Beispiel flächendeckende Pheromon-Dispenserverfahren gegen den Traubenwickler fördern. Außerdem werden wir uns für die Förderung von Recyclingspritzen und mechanische Verfahren zur Beikrautregulierung einsetzen.“ (S. 113)</p>	
Tierwohl/ Tierschutz	-	<p>„Die Weiterentwicklung der Tierhaltung hin zu gesellschaftlich akzeptierten tiergerechteren Haltungsformen ist weiter fortzuführen. Deshalb engagieren wir uns auf Bundesebene für eine zügige Umsetzung der Maßnahmen aus dem sogenannten Borchert-Plan, einschließlich der dort vorgeschlagenen Finanzierungsmöglichkeiten. Die Landesregierung setzt sich weiterhin für eine verpflichtende Herkunfts- und Haltungskennzeichnung bei Lebensmitteln tierischer Herkunft einschließlich verarbeiteter Produkte ein.“ (S. 111/112)</p> <p>„Um aufgetretene Missstände bei Schlachthöfen in Zukunft zu vermeiden, wird ein Runder Tisch eingerichtet, zu dem unter anderen die Tierschutzverbände, die Tierhalterinnen und Tierhalter und die Tierschutzbeauftragten der Handelsketten eingeladen werden.“ (S. 113)</p> <p>„Wir werden dazu unter anderem mobile Schlachteinrichtungen und Weide-Schlachtungen fördern.“ (S. 113)</p>	<p>Wichtig ist, dass Genossenschaften auch zu dem angestrebten Runden Tisch eingeladen werden.</p>

## Kooperatives Wirtschaften

	<b>Genossenschaftliche Positionen zur Landtagswahl 2021</b>	<b>Koalitionsvertrag</b>	<b>Bewertung</b>
Ärzteversorgung Pflege	Um die Möglichkeiten genossenschaftlicher Modelle in der Ärzteversorgung – insbesondere im ländlichen Raum – einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen, sollte dieses Projekt auch in der kommenden Legislaturperiode weiter fortgeführt und in die Breite getragen werden.	<p>„Zur Sicherung der medizinischen Grundversorgung werden wir die von den Kommunen errichteten Gesundheitszentren und Ärztehäuser mit dem beihilferechtlich höchstmöglichen Fördersatz ausstatten. Gleichmaßen werden wir Multifunktionszentren als Knotenpunkte eines flächendeckenden Netzes der Daseinsvorsorge fördern. Insbesondere genossenschaftlich getragene Strukturen für Multifunktionszentren halten wir für sinnvoll.“ (S. 108)</p> <p>„Wir werden die Angebote von Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflegeplätzen in Baden-Württemberg flächendeckend ausbauen und qualitativ weiterentwickeln, um pflegende Angehörige zum Beispiel auch an Wochenenden durch innovative Formen der Kurzzeitpflege zu entlasten. Durch die Verknüpfung mit dem Quartiersgedanken und der sektorenübergreifenden Versorgung schaffen wir wohnortnahe Angebote und passgenaue Unterstützung für die pflegebedürftigen Menschen in unserem Land.“ (S. 75)</p> <p>„Förderprogramm „Gemeinsam unterstützt und versorgt wohnen“ ausbauen: Wir werden das Förderprogramm „Gemeinsam unterstützt und versorgt wohnen“ für ambulant betreute Wohngemeinschaften ausbauen, um Menschen mit Unterstützungs- und Versorgungsbedarf</p>	<p>Explizite Nennung genossenschaftlicher Strukturen schafft beste Voraussetzungen zur Gründung weiterer Genossenschaften.</p> <p>Hinsichtlich der Pflege sind die genossenschaftlichen Ansätze im Rahmen von „Wirtschaft vor Ort“ noch stärker zu vermarkten. Die Verbindung der Pflege mit Angeboten im Quartier entspricht dem WohnenPLUS-Ansatz und der genossenschaftlichen Quartiersentwicklung und greift den Bedarf vieler Initiativen auf.</p> <p>Das Förderprogramm wird für genossenschaftliche Initiativen in diesen Feldern von Interesse sein.</p>

		und Menschen mit Behinderung ein Leben im gewohnten Umfeld und mit hoher Selbstbestimmung zu ermöglichen.“ (S. 76)	
Daten- und Plattformökonomie	Die genossenschaftliche Rechts- und Unternehmensform lässt sich auch im Bereich der Daten- und Plattformökonomie flexibel einsetzen und bietet damit die optimale Voraussetzung für eine nachhaltige und wirtschaftlich erfolgreiche Kooperation. Daher sollte die Gründung von Daten- und Plattformgenossenschaften auch über das Jahr 2021 seitens der Landespolitik besonders unterstützt werden.	<p>„Wir nehmen die Herausforderung an und wollen die Chancen der Digitalisierung und der Künstlichen Intelligenz (KI) ergreifen. Dabei bekommen insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) unsere Unterstützung, um die Transformation zu bewältigen. Unser Ziel ist es, Baden-Württemberg zu einem Laboratorium für eine menschliche, an ethischen und ökologischen Kriterien orientierte Digitalisierung zu machen. Standards wie Transparenz, informationelle Selbstbestimmung und Klimaneutralität wollen wir zum Gütesiegel machen.“ (S. 37)</p> <p>„Die gigantischen Wertschöpfungspotenziale durch ganz neue Geschäftsmodelle und digitale Plattformen, Produkte und Dienstleistungen wollen wir nutzen und in der Spitzenforschung ebenso wie in der branchenübergreifenden Kommerzialisierung von KI eine führende Rolle einnehmen.“ (S. 37/38)</p>	<p>KI-Themen können gut als eG organisiert werden. Das werden wir weiter aktiv bewerben.</p> <p>(Neue) Genossenschaften daran partizipieren zu lassen ist ein Anliegen.</p>

		<p>„Unser Mittelstand soll von der KI-Spitzenforschung wie dem Cyber Valley noch stärker profitieren. Dazu werden wir eine breite Brücke in den Mittelstand bauen, zum Beispiel mit dem Innovationpark KI. Die Förderung der Entwicklung von KI-Anwendungen speziell in den mittelständischen Unternehmen werden wir weiter vorantreiben und dabei stärker Schnittstellen zu anderen Schlüsseltechnologien wie Quantentechnologie oder Bioinformatik einbeziehen. Unsere mittelständischen Unternehmen werden wir mit einer KI-Prämie und KI-Beratungsgutscheinen unterstützen und sie beim Thema Cybersicherheit stärken.“ (S. 38)</p> <p>„Mit der Datenagenda vorangehen: Baden-Württemberg geht mit seiner föderalen Datenagenda voran und setzt viele Leuchtturmvorhaben um – sei es bei der personalisierten Medizin, dem autonomen Fahren oder der Verkehrssteuerung. Konsortien aus Forschung und Wirtschaft – und dort insbesondere aus den KMU – werden wir gezielt unterstützen, um Datenprojekte voranzutreiben.“ (S. 38)</p> <p>„Vor allem digitale Plattformen bieten Handwerksunternehmen Chancen auf neue Kunden und Umsatzerlöse, beispielsweise durch digitale Marktplätze. Gemeinsam mit dem baden-württembergischen Handwerkstag werden wir das bestehende Förderangebot daraufhin überprüfen, ob in ausreichendem Maße Unterstützungsmöglichkeiten für den Aufbau digitaler Plattformen gegeben sind.“ (S. 43)</p>	<p>Für den Aufbau eines gemeinsamen KI-Innovationsparks haben die Regionen Karlsruhe, Stuttgart und Neckar-Alb eine Genossenschaft gegründet. Mit der „Innovationspark Künstliche Intelligenz Baden-Württemberg eG“ wollen sie sich um Landesmittel in Höhe von 47,5 Millionen Euro bewerben. Das Land hatte im Dezember den Aufbau eines Innovationszentrums für Künstliche Intelligenz (KI) ausgeschrieben.</p> <p>Bedeutendes Thema, das gute Anknüpfungspunkte auch für eine Fortführung des Projektes „Datengenossenschaften“ mit dem Ferdinand-Steinbeis-Institut und der Universität Stuttgart und darüber hinaus birgt – insbesondere durch die explizite Nennung von KMU.</p> <p>Digitale Plattformen werden wir weiter unterstützen. Eine Erweiterung über das Handwerk hinaus ist hier anzustreben.</p>
--	--	--	--

Energie	<p>Im Zusammenhang mit der Umsetzung von Projekten im Bereich der Erneuerbaren Energien fordern wir die genossenschaftliche Bürger- und Unternehmensbeteiligung. Die Bürger, Unternehmen und das regionale Handwerk vor Ort müssen von den Projekten in ihrer Region profitieren. Auch die Vergabe von Landesflächen sollte demnach nach Kriterien der Beteiligung vergeben werden.</p> <p>Der Energie-Eigenverbrauch muss künftig stärker gefördert werden. Dazu sollten tragfähige Mitgliederversorgungsmodelle (z.B. im Bereich Mieterstrom), die nach EU-Recht vorgegeben sind, unterstützt werden.</p> <p>Die Verpflichtung von Photovoltaik (PV) auf Neubauten im gewerblichen Bereich unterstützen wir sehr. Auch PV-Anlagen auf Wohngebäuden sollten gefördert werden. Energiegenossenschaften bieten bei Installation und Umsetzung von Maßnahmen viele Vorteile. Mit der Verankerung einer Förderung in der Landesgesetzgebung würde die Umsetzungswahrscheinlichkeit erhöht, der Einsatz vereinfacht und vor allem einheitlicher geregelt.</p>	<p>„Unmittelbar nach der Regierungsbildung werden wir ein Sofortprogramm für Klimaschutz und Energiewende auf den Weg bringen.“ (S. 24)</p> <p>„Die Energiewende forcieren: Das Zieldreieck der Energiepolitik – die Bezahlbarkeit, die Umweltverträglichkeit und die Versorgungssicherheit der Energieversorgung – ist für uns weiterhin leitend.“ (S. 27)</p> <p>„Die Einführung einer Solarpflicht für den Photovoltaikausbau auf Gebäuden (einschließlich Solarthermie), die die bestehende Photovoltaikpflicht auf neue Wohngebäude und grundlegende Dachsanierungen bei Bestandsgebäuden (Wohn- und Gewerbegebäude) erweitert, und die relevante Absenkung des Schwellenwerts für die PV-Pflicht bei neuen Parkplätzen.“ (S. 25)</p> <p>„Genehmigungsverfahren vereinfachen: Die Koalitionspartner kommen darin überein, weitere rechtssichere Vereinfachungen bzw. Beschleunigungen für Genehmigungsverfahren für Windkraftanlagen inklusive Repowering in allen windkraftrelevanten Rechtsbereichen voranzutreiben. Dies betrifft unter anderem auch die Bereiche Windenergie und Artenschutz, Denkmalschutz und Flugsicherung. Entsprechende Vorschläge auf Bundesebene werden wir unterstützen.“ (S. 27)</p> <p>„Die Unterstützung der Kommunen bei der Umsetzung der kommunalen Wärmepläne. Ebenso werden wir die Kommunen, die nicht zu einer Wärmeplanung verpflichtet sind, stärker als bislang</p>	<p>Das Sofortprogramm Klimaschutz gilt es aktiv mitzugestalten.</p> <p>Der Koalitionsvertrag enthält ein erwartbar klares Bekenntnis zur Energiewende. Zudem sind auch die wesentlichen Forderungen nach PV-Pflicht, Wärmekonzepten, Genehmigungsverfahren, Contracting etc. aufgenommen und bieten damit weiterhin gute Ansatzpunkte für die Zusammenarbeit mit der Landesregierung (siehe einzelne Punkte im Koalitionsvertrag) und weiteren Partnern wie bspw. den IHK und den Kirchen.</p>
---------	---	---	--

	<p>Im Bereich der Windenergie sollte die Landespolitik von der im neuen Erneuerbare-Energien-Gesetz festgelegten Länderöffnungsklausel und der damit verbundenen Festlegung eines Mindestabstands bei Windkraftanlagen absehen.</p> <p>In Gemeinden und Städten sollte ein Wärmeversorgungskonzept geprüft werden. Basierend auf den erstellten Quartiers(wärme-)konzepten, sind konkrete Projekte umzusetzen. Hemmnisse, wie bestehende Gasnetze oder Konzessionsverträge, dürfen bei der Investitionsentscheidung in ein nachhaltiges Wärmenetz mit Erneuerbaren Energien keine aufschiebende Wirkung haben. Schon in der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass gerade bürgergetragene Wärmenetze hier eine entscheidende Rolle spielen können. Hierfür braucht es weiter die Unterstützung der Landespolitik sowie die Beibehaltung des Förderprogramms für effiziente Wärmenetze.</p>	<p>durch ein Förderprogramm zur Erstellung von kommunalen Wärmeplänen unterstützen sowie die regionalen Energieagenturen stärken.“ (S. 24)</p> <p>„Um die Klimaziele im Wärmebereich zu erreichen, ist es erforderlich, den Anteil erneuerbarer Energien in Wärmenetzen zu erhöhen. Dazu sollen Möglichkeiten wie die Einführung einer Erneuerbaren-Quote und ein Anschlussanspruch sowie ein Einspeise- und Durchleitungsrecht für erneuerbare Wärme sowie Abwärme geprüft werden. Die Einbindung von Kraft-Wärme-Kopplung-Anlagen im Wärmebereich wollen wir vereinfachen.“ (S. 27)</p> <p>„Ein Förderprogramm für besonders innovative, klimaneutrale Wohngebiete.“ (S. 25)</p> <p>„Contracting stärker nutzen: Sowohl aus ökologischer als auch aus ökonomischer Sicht ist eingesparte Energie die beste Energie. Deshalb müssen wir Wärme und Strom noch effizienter nutzen. Wir werden die Förderprogramme des Landes systematisch contracting-tauglich machen und dabei auch verstärkt die Chancen der Digitalisierung nutzen. Auch bei der Sanierung von landeseigenen Liegenschaften werden wir Contracting weiterhin nutzen.“ (S. 27)</p> <p>„In den vergangenen Jahren sind Plattformen und Kompetenznetzwerke aufgebaut worden, um die Energiewende umzusetzen und ihre Akzeptanz zu verbessern. Diese wollen wir auch in der neuen Legislaturperiode konsequent weiterführen und unterstützen. Auch die</p>	<p>Eine weitere Verbindung von Energiegenossenschaften und Quartiersinitiativen/-genossenschaften.</p> <p>Plattformen und Kompetenznetzwerke gilt es zu nutzen und mitzugestalten.</p>
--	--	--	--

		<p>Kampagne für die Energiewende werden wir weiterentwickeln. Zur dringend notwendigen Beschleunigung des landesweiten Ausbaus der erneuerbaren Energien richten wir zudem umgehend eine Task Force mit externem Sachverstand ein, die notwendige Mittel und Wege identifiziert und entsprechende Vorschläge an die Landesregierung formuliert.“ (S. 28)</p> <p>„Die Mittel für energetische Sanierung müssen für eine Sanierungsrate von über zwei Prozent ausreichen und vor allem für die Gebäude mit den größten energetischen Sanierungsbedarfen zur Verfügung stehen. Dazu gehören Photovoltaik (PV)-Anlagen und Solarthermie auf Dächern ebenso wie fassadenintegrierte und gebäudenaher PV-Anlagen und eine zukunftsfähige Ausrichtung der Energieversorgung. Wir ermöglichen die Installation von PV-Anlagen und Solarthermie grundsätzlich auch auf denkmalgeschützten Gebäuden, auch bei Gebäuden im Privateigentum.“ (S. 43)</p> <p>„Photovoltaik auf Parkhäusern: Die Parkraumbewirtschaftung bei Landeseinrichtungen werden wir insbesondere in Ballungs- und Verdichtungsräumen weiter ausbauen und neben einer Ladeinfrastruktur für E-Fahrzeuge die Errichtung von PV-Anlagen auf Parkhäusern und Stellplätzen ermöglichen.“ (S. 16)</p>	Die TaskForce ist zu begleiten.
--	--	---	---------------------------------

<p>Handel Innenstadt</p>	<p>Genossenschaftsgründungen im Bereich Handel müssen gezielter unterstützt werden. Handelsunternehmen jeder Größe nutzen seit vielen Jahrzehnten die Vorteile genossenschaftlicher Kooperation und steigern damit die Wettbewerbsfähigkeit selbstständiger Einzelhändler. Gerade in Krisenzeiten eignen sich Genossenschaften ganz besonders gut – Ein- und Verkauf, Marketing, Fort- und Weiterbildungen aber auch drängende Zukunftsherausforderungen wie die Digitalisierung lassen sich in Kooperation besser angehen. Die eingetragenen Genossenschaften müssen zudem in die Umsetzung des Dialogprojekts „Handel 2030“ besser eingebunden werden.</p>	<p>„Wir wollen unsere Initiative Handel 2030 fortsetzen, neu ausrichten und dabei verstärkt auf Digitalisierung, Strategie, Personal und Nachhaltigkeit setzen. Unsere Innenstadtberaterinnen und -berater werden dies unterstützen.“ (S. 43)</p> <p>„Deshalb werden wir den Einzelhandel beim Aufbau lokaler und regionaler digitaler Plattformen unterstützen, um nachhaltige und regionale Produkte über zusätzliche Absatzkanäle zu vertreiben und einen Beitrag zur Zukunftssicherung unserer Städte zu leisten. Bestehenden Fördermöglichkeiten für lokale Online-Marktplätze wollen wir landesweit ausweiten. Wir wollen Modellregionen fördern, die umweltfreundliche Logistikkonzepte für den Einzelhandel und das Handwerk entwickeln.“ (S. 43)</p> <p>„Entscheidend ist die Vernetzung von Einzelhandel, Gastronomie und Hotellerie, Tourismus, Kultur, Sport, Event und Erlebnis. So sorgen wir für lebendige Innenstädte, die auch überregional attraktiv sind. Dazu werden wir zusammen mit unseren Städten und Gemeinden ein Neustart-Programm auflegen, in dem wir Best-Practice-Lösungen für die Innenstadt der Zukunft finden. Zur Zukunft des Handels werden wir zeitnah einen Rat mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaftsberatung und Unternehmen einberufen. Die Entwicklung unserer Innenstädte zu attraktiven Veranstaltungsorten und Orten der Freizeitgestaltung wollen wir durch die Förderung geeigneter lokaler Formate unterstützen.“ (S. 43)</p>	<p>Fortsetzung von Handel 2030 und die Betonung auf die Neuausrichtung ist positiv. Eine stärkere Beteiligung wird angestrebt. Die Wirksamkeit der Innenstadtberater gilt es zu evaluieren.</p> <p>Die genannten Möglichkeiten zur Förderung von Plattformen und ganzheitliche attraktiven Gestaltung von Innenstädten sind auch für genossenschaftliche Modelle relevant – gerade auch hinsichtlich Logistik-Konzepten. Der Anwenderkreis sollte erweitert werden – vor dem Ökosystemgedanken bspw. auch auf Genossenschaftsbanken.</p> <p>Vernetzung sollte breiter gedacht werden und auch Banken und Bürger sowie andere mehr einbeziehen. Eine Beteiligung im angestrebten Expertenrat zur Entwicklung der Innenstädte wird zeitnah geprüft. Hier könnten die vielfältigen Angebote und Beiträge von genossenschaftlichen Unternehmen gut hinterlegt werden.</p>
------------------------------	--	---	---

		„Wir werden Wettbewerbsnachteile des Einzelhandels – wie zum Beispiel kostenfreie Retouren – gegenüber dem Onlinehandel identifizieren und durch eine Bundesratsinitiative auf gleiche Wettbewerbsbedingungen hinwirken.“ (S. 44)	
Mobilität	Besonders beim Ausbau der Elektromobilität – etwa in enger Zusammenarbeit mit bestehenden Energiegenossenschaften –, dem Aufbau von Bürgerbussen oder dem Angebot von Bike-, Ride- sowie Car-Sharing bieten sich Genossenschaften an. Um erfolgsversprechende Konzepte unter Realbedingungen anwenden zu können, wäre daher ein Förderprojekt der Landespolitik zur Erprobung mehrerer Pilot-Genossenschaften wünschenswert.	<p>„Wir werden sicherstellen, dass alle Orte in Baden-Württemberg von fünf Uhr früh bis Mitternacht mit dem öffentlichen Nahverkehr erreichbar sein werden. Dabei setzen wir auf mehr Fahrten und den Ausbau von ÖPNV on demand, also auf Abruf, und Bürgerbusse. Wir wollen auch die unterfinanzierten Kommunen dabei unterstützen, moderne ÖPNV-Angebote in strukturschwachen Gebieten zu etablieren.“ (S. 109)</p> <p>„Ehrenamtlich basierte Orts- und Bürgerbusse sowie soziale Fahrdienste sind eine wichtige Ergänzung im Mobilitätssystem, die wir weiterhin fördern und integrieren werden.“ (S. 126/127)</p> <p>„Die Verkehrsverbünde im Land wollen wir fortentwickeln und ihre ÖPNV-Angebote mit Carsharing und innovativen Mobilitätsangeboten vernetzen.“ (S. 127)</p> <p>„Wir wollen für die Anbieter Anreize setzen, das Carsharing-Angebot gemeinsam mit den Städten und Gemeinden in Baden-Württemberg deutlich auszubauen. Dabei soll das Angebot über die 200 heute angeschlossenen Orte hinaus weiter in die Fläche wachsen. Ebenso sollen mehr Stellplätze für Carsharing-Fahrzeuge eingerichtet werden.“ (S. 128)</p>	<p>Bisher liegt der Fokus der Landesregierung in der Mobilität vorrangig auf öffentlichen Leistungen und weniger auf kooperativ getragenen Konzepten. Car-Sharing und Bürgerbusse können aber genossenschaftlich organisiert werden – die dafür in Aussicht gestellte Förderung kann beim Start der Umsetzung helfen.</p> <p>Ehrenamt ist auch hier stark eingebunden.</p> <p>Vernetzungen sind für bereits bestehende Mobilitätsangebote von (Energie-) Genossenschaften interessant.</p> <p>Gute Ausgangsbedingungen auch für genossenschaftlich organisierte Carsharing-Anbieter.</p>

<p>Quartiersentwicklung/ Daseinsvorsorge</p>	<p>Um das Potenzial der genossenschaftlichen Idee und Praxis im Bereich der Quartiersentwicklung und der erweiterten Daseinsvorsorge auch in der kommenden Legislaturperiode weiter ausschöpfen zu können, wäre eine weiterführende Förderung auch über das Jahr 2021 hinaus besonders wünschenswert. Gleichzeitig sollte das Land in den Landkreisen, Städten, Gemeinden und Kommunen zukünftig noch stärker aktiv für die Potenziale von eingetragenen Genossenschaften im Bereich der Quartiersentwicklung und der Daseinsvorsorge werben sowie selbst auch alle relevanten Ressorts hinter den entsprechenden Projekten versammeln.</p> <p>Der avisierte Strategiedialog bezahlbares Wohnen und innovative Bauwirtschaft (SDB) muss um die für eine ganzheitliche Perspektive zum Thema Wohnen essenzielle soziale Komponente erweitert werden. Eine Fokussierung auf die Herausforderungen „Bezahlbarer Wohnraum“, „Digitalisierung“ und „Ökologisierung“ greift deutlich zu kurz.</p>	<p>„Gelungene Quartiere nehmen alle gesellschaftlichen Gruppen und deren Bedürfnisse in den Blick: Alte und Junge, Familien und Singles – unabhängig von ihrer wirtschaftlichen Situation. Mit Sharing-Modellen und guten sozialen Infrastrukturen wie dem Programm „Wohnen Plus“ des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbands (BWGV) ermöglichen wir gegenseitige Unterstützung in lebendigen Quartieren.“ (S. 136)</p> <p>„Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten“ weiterentwickeln: Wir werden die erfolgreiche Landesstrategie „Quartier 2030 – Gemeinsam.Gestalten“ kontinuierlich weiterentwickeln. Bis 2030 wollen wir eine beteiligungsorientierte Quartiersentwicklung in ganz Baden-Württemberg etablieren. Dabei werden wir auch prüfen, inwieweit bauliche Investitionen, die der Leitidee des Lebens in dezentralen Strukturen und des Verbleibs im gewohnten Umfeld Rechnung tragen, unterstützt werden können. Darüber hinaus soll die Quartiersentwicklung mit dem Städte- und Wohnungsbau verschränkt werden, um Quartierprozesse vor Ort städtebaulich umsetzen zu können. Der Quartiersgedanke ist ganzheitlich zu betrachten und ressortübergreifend umzusetzen.“ (S. 76)</p> <p>„Wir initiieren bis Jahresende unter Koordination des Staatsministeriums und unter Einbeziehung der zuständigen Ministerien einen ressortübergreifenden Strategiedialog „Bezahlbares Wohnen und innovatives Bauen“ (SDB). Damit vernetzen wir alle relevanten Akteure und Verbände sowie herausragende Kompetenzen aus den</p>	<p>Explizite Nennung des Programms „Wohnen Plus“ birgt beste Voraussetzungen für die Etablierung genossenschaftlicher Modelle und das nicht nur im sozialen Bereich, sondern übergreifend – hinsichtlich der Themen und der Akteure.</p> <p>Quartier 2030 ist ein wichtiges Programm, das gute Voraussetzungen für die Gründung von Genossenschaften in diesem Bereich schafft. Eine Vernetzung mit städtebaulichen Maßnahmen ist sehr zu begrüßen, da diese meist Teil der Initiativen sind und finanziell stärker gefördert werden.</p> <p>Erweiterung der Perspektive des Strategiedialogs SDB schafft hier deutlich bessere und sicherere Anknüpfungspunkte als noch im Sondierungsergebnis festgehalten. Der BWGV wird sich hier aktiv einbringen. Beispiele aus dem Förderprojekt „Genossenschaftlich getragene</p>
--	---	--	---

		<p>Bereichen Architektur, Planung, Bauwirtschaft, Handwerk sowie der Vertreterinnen und Vertreter der Beschäftigten und Gewerkschaften, Verwaltung und Wissenschaft, um Innovationsimpulse für das Planen und Bauen von morgen zu setzen. Dadurch ist zugleich gewährleistet, dass die Impulse der bisherigen Wohnraumallianz in das neue Format eingehen können. Der Strategiedialog adressiert die folgenden bauwirtschaftlichen Herausforderungen: Schaffung bezahlbaren Wohnraums, klimaschonendes und ressourceneffizientes ökologisches Bauen, nachhaltige Mobilität, Digitalisierung der Bauwirtschaft, demografischer Wandel, Stadtentwicklung für alle. Dabei legen wir Wert auf beispielgebende Projekte und Leuchtturmvorhaben, die auf eine breite Anwendbarkeit in der Praxis abzielen. Der Strategiedialog soll auf mindestens sieben Jahre angelegt werden und in einer Geschäftsstelle umfassend gebündelt und operativ begleitet werden.“ (S. 134)</p> <p>„Gemeinwohlorientierte Akteure als Partner für bezahlbares Wohnen: Kommunale Wohnungsbaugesellschaften, (Dach-)Genossenschaften, Miethäusersyndikate und andere gemeinwohlorientierte Akteure sind natürliche und unverzichtbare Partner für bezahlbares Wohnen im ganzen Land – effizient und entsprechend der Bedürfnisse vor Ort.“ (S. 135)</p>	<p>Quartiersentwicklung“ können als Leuchtturmprojekte dienen, weitere können – bspw. in der Weiterentwicklung des Ökosystemdenkens und -handelns der Genossenschaftsbanken – hinzukommen.</p> <p>(Dach-)Genossenschaften sind schon lange ein Thema beim BWGV und erste Beispiele sind am Entstehen.</p>
--	--	---	---

		<p>„Wir unterstützen Selbstständige, Kreative, freie Kunstschaffende und Projektmacher bei der Umsetzung von Co-Working-Spaces. Hierzu wollen wir Pilotprojekte fördern.“ (S. 108)</p> <p>„Das Kompetenzzentrum Wohnen soll darauf ausgerichtet werden, bei allen wesentlichen Schritten auf dem Weg hin zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum zielorientiert zu beraten. Dabei legen wir besonderen Wert auf innovative Beratungskonzepte und Akteursvielfalt in der Beratung. Wir werden das Angebot der Wohnraumoffensive BW um eine Säule zum sparsamen Umgang mit Flächen sowie um eine Säule zur Entwicklung gemischter Quartiere, in denen Wohnen und Arbeiten zusammen gedacht werden, erweitern.“ (S. 135)</p> <p>„Bürgerbeteiligung in der Planung: Partizipative Ansätze in der Bauleitplanung wollen wir unterstützen, insbesondere durch digitale Beteiligungsprozesse.“ (S. 140)</p> <p>„Potenziale der Innenentwicklung ausschöpfen – Flächenverbrauch reduzieren: In den Städten Baden-Württembergs besteht nach wie vor großes Potenzial für (Nach-)Verdichtung und Wachstum, insbesondere auf bereits bebautem Stadtgebiet. Um den Bedarf an Wohnraum dennoch schnell und gleichzeitig flächensparend zu decken, sollen getreu dem Grundsatz „Innen- vor Außenentwicklung“ bestehende Innenentwicklungspotenziale vorrangig vor der Neuausweisung von Wohnbauflächen genutzt werden. Dazu gehört die (Re-)Aktivierung von Brach-, Konversions- und Altlastenflächen ebenso</p>	<p>Angebote der Genossenschaftsbanken u.a. für Co-Working-Spaces können hier aktiv eingebracht werden.</p> <p>Den Anspruch der Akteursvielfalt werden wir in der Praxis prüfen, dieser blieb in der letzten Legislaturperiode hinter den Aussagen zurück.</p> <p>In der Säule zu gemischten Quartieren kann sich der BWGV mit WohnenPLUS aktiv einbringen.</p> <p>Diese Ansätze könnten auch über die Planung hinaus ins Management des Quartiers und damit in eine WohnenPLUS-eG überführt werden.</p> <p>Beim Potenzial für die Innenentwicklung besteht auch Potential zur Umnutzung bzw. zum Umbau oder zur Erweiterung von (ehemaligen) Bankfilialen und anderen genossenschaftlichen Gebäuden im Innenstadtbereich.</p>
--	--	---	---

		<p>wie eine dem Umfeld angepasste (auch nachträgliche) verdichtete Bebauung (etwa durch Aufstockungen). Die Städte und Gemeinden sollen bei diesen Maßnahmen rechtlich, organisatorisch, datenbasiert und finanziell durch einen Aktionsplan „Flächensparen“ und Förderprogramme unterstützt werden. So soll unter anderem das Förderprogramm „Flächen gewinnen durch Innenentwicklung“ in Förderspektrum (etwa im Hinblick auf Flächenrecycling), Volumen und Antragsberechtigung wesentlich ausgebaut werden.“ (S. 137/138)</p>	
Tourismus	<p>Die aktive Beteiligung der Unternehmen, Bürger und Kommunen am Tourismus erhöht nicht nur die Akzeptanz von Projekten, sondern trägt auch zur Entwicklung der Infrastruktur und zur regionalen Wertschöpfung bei. Genossenschaftliche Kooperationen sind etwa in den Bereichen Destinationsmarketing, Transport, Hotellerie und Gastronomie sowie Freizeit und Kultur erfolgsversprechend. Kooperationen im Tourismus sind gerade vor dem Hintergrund der Corona-Maßnahmen und deren Folgen ein wichtiger Ansatz, den es aktiv zu fördern gilt.</p>	<p>„Tourismus ist mehr als Reisen: Unser Ziel ist es, die unterschiedlichen Akteure zusammen zu bringen und dabei auch einen Mehrwert für die Handwerksbetriebe vor Ort, für tourismusnahe Dienstleister, aber auch den Einzelhandel sowie Kunst und Kultur zu erzielen. Wir wollen das Tourismusmarketing im Land passgenau auf die Bedürfnisse unserer Destinationen zuschneiden und weiterentwickeln. Unsere großen Destinationen wollen wir im Rahmen unserer Programme weiter stärken. Kleineren Destinationen wollen wir weiterhin Beratungs- und Unterstützungsangebote anbieten. Die Potenziale der Digitalisierung gilt es noch stärker zu nutzen. Mit der Weiterentwicklung und Umsetzung unserer Tourismuskonzeption werden die zentralen Tourismusbereiche in den Blick genommen.“ (S. 118)</p>	<p>Die Überarbeitung der Tourismuskonzeption bietet Mitgestaltungsmöglichkeiten. Die Landwirtschaft u.a.m. sind mitzudenken sowie Genossenschaften als Rechts- und Unternehmensform für Tourismusk Kooperationen zu hinterlegen.</p>

<p>Unternehmensnachfolge</p>	<p>Der Fortbestand mittelständischer Unternehmen durch genossenschaftliche Unternehmensnachfolge sollte in Zukunft von politischer Seite noch stärker unterstützt werden. Konkrete Maßnahmen der Politik, um diese positive Entwicklung weiter zu unterstützen, sind unter anderem eine stärkere Integration der eG in die Gründungs- beziehungsweise Nachfolgeinformationen und die staatliche Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung im Rahmen von Unternehmensnachfolgen.</p>	<p>„Mit einen Venture Capital Roundtable werden wir den Dialog und die Vernetzung zwischen Wagniskapitalinvestoren, Start-ups und Verwaltung stärken. Mit einer Bundesratsinitiative werden wir uns für eine Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen, für eine Forschungsförderung für Start-ups und eine deutliche Ausweitung und Erleichterung der Mitarbeiterinnen- und Mitarbeiterbeteiligung einsetzen.“ (S. 39)</p> <p>„In einer eigenständigen Unternehmensnachfolgekampagne schaffen wir neue Matchingformate und etablieren die Unternehmensnachfolge als Thema in der Techniker- und Hochschulausbildung.</p> <p>Den Bedarf an zusätzlichem Eigenkapital decken wir, indem wir die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft (MBG) stärken.“ (S. 42)</p> <p>„Bis 2025 brauchen rund 20.000 Handwerksbetriebe eine Nachfolgerin oder einen Nachfolger. Deshalb werden wir die Meistergründungsprämie und Übernahmepremie verstetigen.“ (S. 43)</p>	<p>Den Venture Capital Roundtable werden wir beobachten. Die im Zusammenhang mit der Gründung angestrebte Erleichterung der Mitarbeiterbeteiligung könnte auch Vorteile für die genossenschaftliche Unternehmensnachfolge bergen.</p> <p>Der BWGV wird sich in die Unternehmensnachfolgekampagne einbringen und Genossenschaften weiterhin als Nachfolgemodell in der Hochschulausbildung hinterlegen.</p>
------------------------------	---	---	--